Kolumbiens Präsident Gustavo Petro protestierte in New York gegen den Palästinakrieg und forderte das US-Militär auf, Trump zu widersprechen. Die USA widerriefen sein Visum – ein zynischer Akt, angesichts ihrer eigenen Einmischung weltweit. Die Ukraine zeigt die Folgen: Euromaidan, orchestriert von US-Diplomaten, führte zu Krieg, Armut und Abhängigkeit. Doch Solidarität kann Widerstand leisten. Von **Maxim Goldarb**.

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro nahm an Massenprotesten in New York gegen den Krieg in Palästina teil. Er forderte das US-Militär auf, den Befehlen von Donald Trump nicht zu gehorchen. Diese Geste kam Petro teuer zu stehen – die US-Regierung widerrief umgehend sein Visum.

Aus formaler Sicht stellen solche Handlungen des kolumbianischen Staatschefs eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates dar, in diesem Fall der USA. Washingtons Entscheidung kann also als „Verteidigung der Souveränität“ dargestellt werden.

Aber das ist ein zynischer Widerspruch. Schließlich sind es die Vereinigten Staaten, die sich seit Jahrzehnten unverhohlen in die inneren Angelegenheiten Dutzender Länder einmischen: von Lateinamerika bis zum Nahen Osten, von Afrika bis Osteuropa. Jedes Mal folgten darauf zerstörte Staaten, Militärputsche, Hungersnöte, Millionen von Opfern und jahrzehntelange Armut.

Die Ukraine ist ein Paradebeispiel dafür. Hätte die damalige Regierung unter Viktor Janukowitsch 2013 den Mut gehabt, westlichen Politikern und Diplomaten – vor allem den Amerikanern Victoria Nuland und John Herbst, die offen den sogenannten „Euromaidan“ organisiert hatten – die Einmischung zu verweigern, hätte das Land Blutvergießen, die Zerstörung seiner Wirtschaft und die Abhängigkeit von ausländischen Interessen vermeiden können.

In diesem Fall wäre das ukrainische Volk nicht zur Geisel der geopolitischen Spiele Washingtons und Brüssels geworden.

Persönlichkeiten wie Oleksandr Turtschynow, der den Spitznamen „blutiger Pastor” trägt und den Einsatz der Armee gegen das eigene Volk faktisch legalisierte, und sein Nachfolger, der Milliardär Petro Poroschenko, in der Ukraine als „Schokoladenbaron” bekannt, der seine politische Karriere auf Krieg und Privatisierung aufbaute und die Abhängigkeit des Landes vom IWF und der NATO verstärkte, wären in unserem Land nicht an die Macht gekommen.

Und der talentierte Komiker Selenskyj hätte weiterhin die Menschen von der Bühne aus unterhalten, anstatt ihnen als Präsident Kummer zu bereiten …

Aber leider gibt es in der Geschichte keinen Konjunktiv.

Heute sehen wir die Folgen: Millionen von Flüchtlingen, der Zusammenbruch der sozialen Struktur, zerstörte Städte und menschliche Schicksale. All dies ist das Ergebnis der Politik des neoliberalen Kolonialismus, bei der das menschliche Leben hinter den Profiten von Unternehmen und Militärbündnissen zurückgestellt wird.

Aber es gibt auch eine andere Perspektive. Selbst unter globalem Druck ist es möglich, seine Stimme gegen den Krieg, gegen die imperialistische Maschinerie, gegen die Umwandlung von Völkern in entbehrliches Material zu erheben. Die Geschichte ist nicht vorbestimmt, sie wird von den Völkern selbst geschrieben, wenn sie sich organisieren, auf die Straße gehen und ihr Recht auf Leben, Frieden und Gerechtigkeit einfordern.

Deshalb ist internationale Solidarität so wichtig. Es ist die Pflicht aller linken und progressiven Bewegungen auf der ganzen Welt, sich gegenseitig im Kampf gegen Militarismus, Neoliberalismus und koloniales Denken zu unterstützen.

Titelbild: Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro demonstriert gemeinsam mit Roger Waters (Pink Floyd) in New York gegen den von den USA unterstützten Genozid der israelischen Armee in Gaza – Quelle: Palestine Cronicle

Mehr zum Thema:

Verfolgung von Oppositionellen in der Ukraine: Maxim Goldarb und die Haltung der Bundesregierung

Hilferuf: Ukrainischer Geheimdienst macht Jagd auf Oppositionspolitiker und NachDenkSeiten-Autor Maxim Goldarb

Stimmen aus der Ukraine: Der Ausverkauf meiner Heimat an BlackRock und Co.

Offener Brief von ukrainischen Linken an die internationale Sozialdemokratie